

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle ober deren Raum 80 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Lebensmittelwucher.

Ein Verbündeter, auf dessen Hilfe die Feinde Deutschlands im Weltkrieg mit großer Zuversicht rechneten, war der Hunger. Durch die Unterbindung der Zufuhr sollte erreicht werden, was durch Wassengewalt nicht zu erreichen ist, nämlich die Niederlage Deutschlands mit all den schweren politischen und wirtschaftlichen Folgen, die man uns zugebacht hatte. Die aufgestellten Berechnungen erwiesen sich aber als falsch. Es hat sich gezeigt, daß wir genügend Nahrungsmittel im Lande haben und daß der Bedarf in weitem Maße erneuert werden kann. Aber trotzdem sind wir auf dem bestem Wege, den Wünschen unserer Feinde entgegenzukommen. Die Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse sind zu schwindelnder Höhe hinaufgetrieben und sie steigen noch fortwährend. Der Hunger ist jetzt schon, nicht nur in den Familien der Kriegsteilnehmer, sondern vielfach auch dort, wo das Familienoberhaupt geregelte Beschäftigung und regelmäßigen Verdienst hat, täglicher Gast. Besorgt fragen sich die Hausfrauen, wohin es führen soll, wenn die Lebensmittelpreise in der seitherigen Weise weitersteigen.

Das deutsche Volk ist geduldig. Es hat bei Ausbruch des Krieges die Gefahr erkannt, die dem Reich und seinen Angehörigen droht, wenn Deutschland nicht als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgeht. Während die wehrfähigen Männer zu den Waffen eilten, hat man daheim nicht nur die Volkswirtschaft, sondern auch die Hauswirtschaft auf den Kriegsfuß eingerichtet. Man hat sich damit abgefunden, daß die Lebensbedürfnisse, die wir aus dem Ausland beziehen müssen und von denen nur geringe Vorräte vorhanden waren, teurer wurden. Als profitlichste Produzenten und Händler die Gelegenheit wahrnahmen und Preisausschläge eintreten ließen, wo solche nach Lage der Dinge nicht notwendig waren, hat man sich das, wenn auch nicht ohne Widerspruch gefallen lassen. Die Kontingentierung des Brotes bedeutete einen starken Eingriff in das private Leben. Man hat sich damit nicht nur abgefunden, sondern alle vernünftig Denkenden haben es geradezu begrüßt, daß eine solche Verbrauchsregelung geschaffen wurde und es nur bedauert, daß sie so spät gekommen ist. Die Verschlechterung der Qualität des Brotes hat man dabei ruhig in den Kauf genommen. Der Gedanke an das Große, das auf dem Spiele stand, erleichterte es, sich über manche Unannehmlichkeiten hinwegzusetzen.

Waren es bei Beginn des Krieges nur verhältnismäßig kleine Kreise, die die günstige Konjunktur zur Erzielung eines ungerechtfertigten Gewinnes ausnützten, so hat seither die Sucht, Nutzen aus der Not des Volkes zu ziehen, geradezu gemeingefährliche Formen angenommen. Es wäre hohe Zeit, daß man mit ganz energischen Maßnahmen dagegen einschreiten würde. Das System des freien Spieles der Kräfte, der Regelung der Preise nach Angebot und Nachfrage hat Bankrott gemacht. Die Behörden haben sich, sicher nicht ohne inneres Widerstreben darüber hinweggesetzt. Unzählige Verfügungen und Verordnungen beschäftigten sich mit der Preisbildung. Den Verfechtern der liberalen Idee vom freien Spiel der Kräfte im Wirtschaftsleben stehen ob so viel „Staatssozialismus“ die Haare zu Berge. Sie beginnen dagegen zu protestieren. So hat z. B. der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller nach einem Vortrage des Abgeordneten Stressemann „entschieden dagegen Einspruch erhoben, daß der beschrittene Weg der staatssozialistischen Regelung des Wirtschaftslebens etwa weiter verfolgt werde“. Sieht man jedoch näher zu, dann muß man gestehen, daß die Staatsgewalt bei der Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen in der Hauptsache versagt hat.

Es soll nicht bestritten werden, daß auf dem Gebiete der behördlichen Preisregelung vieles getan wurde und es ist wahrscheinlich, daß ohne dieses Eingreifen die Not noch viel empfindlicher wäre. Aber leider ist es der Schläuheit der Lebensmittelwucherer noch vielfach gelungen, dem guten Willen der Behörden ein Schnippchen zu schlagen. Die Regierung hat bei ihren Verfügungen nicht immer eine glückliche Hand bewiesen und in manchen Fällen ist sie auch wohl bei ihren Anordnungen von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen.

Von der Teuerung sind durchweg alle Lebensmittel betroffen, und am stärksten die des Massenverbrauchs. Waren schon vor dem Kriege die Preise fortgesetzt gestiegen und hatten zu berechtigten Klagen Anlaß gegeben, so fühlt man heute eine gewisse Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“, wenn man die jetzigen Lebensmittelpreise mit den entsprechenden vor Kriegsausbruch vergleicht. Steigerungen um 50 Prozent sind noch bescheiden. Die meisten Lebensmittel sind um 100 Prozent und mehr im Preise gestiegen, bei manchen beträgt sogar die Steigerung das Drei- und Vierfache der früheren Preise.

Wie weit es mit dem Nahrungsmittelwucher gekommen ist, kann man daraus sehen, daß selbst den christlichen Arbeitern die Galle überläuft; drohen sie doch den Agrariern künftig die Erfolgschance zu verlagern. Die „Kölnische Volkszeitung“ erinnert daran, daß die christliche Arbeiterchaft, das heißt die Leitung der christlichen Gewerkschaften, der Landwirtschaft in schwerer Stunde großes Entgegenkommen gezeigt hat.

„Als der Kampf um die letzten Handelsverträge tobte, waren es Führer unserer christlichen Arbeiter, welche für

den Schutz unserer heimischen Landwirtschaft eintraten, welche unter großen Opfern ihrerseits der Landwirtschaft die zu ihrem Emporwachsen und Weitergehen notwendigen Mittel an die Hand gaben. Jetzt ist es Zeit, daß die Landwirtschaft sich dafür dankbar erweist und daß die Landwirtschaft besonders unserer Arbeiterbevölkerung ihre Produkte zu einem Preise zur Verfügung stellt, der nicht durch Eignung und Spekulation zustande gekommen ist. Die Landwirtschaft möge bedenken, daß nach dieser eine andere Zeit kommt, in der sie sich nach Rettern in etwaigen Nöten umzusehen gezwungen sein wird. Sorge sie dafür, daß dann diese Umschau nicht vergeblich sein werde.“

Dieser Appell an die Klugheit und Dankbarkeit der Agrarier ist natürlich vergeblich, nur durch kraftvolles Eingreifen der Staatsgewalt ist es möglich, dem rücksichtslosen Eigennuß dieser Gesellschaft Jügel anzulegen.

An Verfügungen und Verordnungen, deren Zweck es ist, dem Lebensmittelwucher entgegenzuwirken, besteht kein Mangel, es sind deren so viele erlassen worden, daß es kaum möglich ist, die Produktion auf diesem Gebiete völlig zu übersehen. Leider haben sie alle es nicht vermocht, das deutsche Volk vor der Auswucherung zu schützen. Das Handwerk der Landeexporteure, die gemeinsame Sache mit dem Feinde machen und dessen auf die Auswucherung Deutschlands gerichteten Pläne so wirksam unterstützen, steht üppig in Blüte. Neulich sind wieder einige Bundesratsverordnungen gegen den Lebensmittelwucher erschienen. Die eine vom 23. September bezweckt die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, die andere vom 25. September erweitert die den Landeszentralbehörden, Gemeinden und Kommunalverbänden erteilte Befugnis zur Regelung der Preishöhe von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs und zur Verfolgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Es lohnt kaum, auf den Inhalt dieser Bundesratsverordnungen näher einzugehen, denn es besteht leider keinerlei Aussicht, daß sie zur erfolgreichen Bekämpfung des Lebensmittelwuchers wirksamer sein werden als die seitherigen Verfügungen.

Am dringendsten ist im Augenblick die Sorge dafür, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen sichergestellt wird. Die beschämenden Vorgänge des letzten Jahres dürfen sich nicht wiederholen, wo es vielfach trotz der ungeheuer hinaufgeschraubten Preise nicht möglich war, Kartoffeln aufzutreiben, obwohl riesige Mengen dieses notwendigen Nahrungsmittels aufgeschichtet waren, die schließlich der Gefahr des Verderbens ausgesetzt waren. Das deutsche Volk ist während dieses Weltkrieges ganz besonders auf ausreichende Versorgung mit billigen Kartoffeln angewiesen. Spielt doch bei der Beschränkung des Brotverbrauchs und den unerschwinglichen Preisen für Fleisch und sonstige Lebensmittel die Kartoffel in weit höherem Maße, als das sonst der Fall war, die wichtigste Rolle bei der Ernährung der Bevölkerung. Wer die Kartoffel verteuert, begeht ein Verbrechen am deutschen Volke, das um so strenger zu beurteilen ist, als er damit den Plänen der Feinde Vorschub leistet.

Unsere Lebensmittelwucherer lassen sich durch solche Erwägungen freilich nicht beeinflussen. Wenn auch ihr Mund von Patriotismus überfließt, so wollen sie doch vor allem Geld verdienen, viel Geld! Und da eine so gute Konjunktur, wie sie der Krieg bietet, so bald nicht wiederkehrt, muß die Gelegenheit gründlich ausgenützt werden. Die diesjährige Kartoffelernte ist außerordentlich günstig ausgefallen. Sie wird auf 52 bis 60 Millionen Tonnen geschätzt, wogegen im Vorjahr nur etwa 45 1/2 Millionen Tonnen geerntet wurden. Der durchschnittliche Jahresbedarf für die menschliche Ernährung beträgt 13 bis 14 Millionen Tonnen, und 20 Millionen Tonnen für Viehfütterung ist reichlich gerechnet. Wenn von dem Rest noch 6 bis 7 Millionen Tonnen als Saatgut reserviert bleiben, dann ergibt sich immer noch ein Ueberschuß, der unter normalen Verhältnissen ausreichende Sicherheit gegen Ueberteurung bieten würde.

Die Erfahrungen des letzten Jahres haben aber gelehrt, daß man sich hinsichtlich der Preisbildung im Kartoffelhandel auf die größten Ueberraschungen gefaßt machen muß. Von der Regierung wurde dringend verlangt, daß sie rechtzeitig Maßnahmen treffe, um Preistreibern zu verhüten. Als solche Maßnahmen kämen in erster Linie Beschlagnahme und Höchstpreise in Betracht. Gegenüber diesen, die Interessen der Konsumenten berücksichtigenden Wünschen machte sich, wenn auch nach außen weniger in Erscheinung tretend, dafür aber um so intensiver der Einfluß der Produzenten geltend, die am liebsten wieder im Kartoffelhandel das „freie Spiel der Kräfte“ walten gesehen hätten. Zwischen diesen Interessengegensätzen suchte die Reichsregierung nach einem Ausgleich; der Weg, der schließlich eingeschlagen wurde, wird aber wohl keinen der beiden Teile befriedigen.

In der Kartoffelfrage fanden unter dem Vorh. des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück eine Reihe Konferenzen statt, die am 28. September in Düsseldorf begannen und nach einigen Tagen in Berlin zu Ende geführt wurden. Bei diesen Konferenzen, an denen Regierungs- und Städtevertreter beteiligt waren, wurden auch die Interessenten, nämlich Produzenten, Händler und Konsumenten, letztere vertreten durch Konsumvereine und Gewerkschaften, gehört.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß sowohl die Beschlagnahme als auch die Festsetzung von Höchstpreisen abgelehnt ist. Dafür soll ein ziemlich komplizierter Apparat in Tätigkeit treten. Eine vom Reich errichtete Zentralstelle für die Verteilung von Kartoffeln, die „Reichskartoffelstelle“ soll die Verteilung der Kartoffeln in die Hand nehmen. Bei ihr melden die Kommunalverbände die Kartoffelmengen an, die sie anderweitig nicht beschaffen können. So weit erforderlich, werden die benötigten Mengen auf die Landkreise zur Lieferung umgelegt. Die Kartoffelerzeuger mit mehr als 10 Hektar Kartoffelanbaufläche müssen 10 Prozent ihrer Kartoffelernte bis zum 20. Februar 1916 zur Verfügung des Kommunalverbandes halten. Diese Kartoffeln müssen Speisekartoffeln sein und sie können im Bedarfsfalle enteignet werden. Der Enteignungspreis darf den Grundpreis nicht übersteigen, der nach verschiedenen Bezirken festgesetzt ist und sich zwischen 55 und 61 Mark pro Tonne bewegt. Ob es auf diesem Wege gelingen wird, den Bevölkerung mit Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen, zu erreichen, muß man zunächst abwarten.

Dabei ist es jedoch notwendig, darauf hinzuweisen, daß, falls es wirklich gelingen sollte, in diesem Jahre den Kartoffelwucher hintanzuhalten, damit die Lebensmittelnot noch nicht beseitigt ist. Außer der Kartoffel gibt es noch eine Menge anderer notwendiger Nahrungsmittel, die durch sachlich nicht gerechtfertigte, ungeheure Preissteigerungen zu einem für die breite Masse unerschwinglichen Luxusgegenstand geworden sind. Durch die oben erwähnte Bundesratsverordnung vom 25. September sind die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet, die anderen Gemeinden und Kommunalverbände berechtigt, Preisprüfstellen zu errichten. Das ist schön und gut, und wenn die Preisprüfstellen gründlich arbeiten, wird man vielleicht nach Jahr und Tag ein schätzbares Material über die Preisbildung während der Kriegszeit erhalten. Aber damit ist dem Volke, dem jetzt von den Lebensmittelwucherern das Blut aus den Adern gesaugt wird, nicht gedient. Diesen Vampyren muß schnell und gründlich das Handwerk gelegt werden. Dazu sind allerdings schärfere Maßnahmen notwendig, als die, zu welchen sich die Regierung bisher entschlossen hat.

Die Münchener Möbel in Ostpreußen.

Bekanntlich hat es die „Münchener Ostpreußenhilfe“ unternommen, sich in ebenso origineller wie praktischer Weise für den Wiederaufbau des zerstörten Ostpreußen zu betätigen. Durch umfassende Sammlungen sind größere Summen aufgebracht worden, die dazu verwendet wurden, Wohnungseinrichtungen herzustellen, die den geschädigten Einwohnern der verwüsteten Orte gegen billigen Preis überlassen werden. Neben dem Hauptzweck, den das Unternehmen verfolgt, der Unterstützung der geschädigten Landleute im Osten, hat die Münchener Ostpreußenhilfe auch dem daniederliegenden Schreinergerwerbe in München Beschäftigung gebracht, und schließlich darf auch der ideale Nutzen, der darin liegt, daß durch die Ostpreußenhilfe das Verständnis für die Bestrebungen der modernen Wohnungskultur auch in Kreisen geweckt wird, die diesen Dingen bisher gleichgültig gegenüberstanden, nicht unterschätzt werden.

Für unser Holzgewerbe hat dieser letztere Gesichtspunkt sogar eine ganz besondere Bedeutung. Darf doch erwartet werden, daß durch das Unternehmen der Münchener Ostpreußenhilfe der Kampf gegen den, unser Gewerbe schädigenden Abzahlungsband eine wirksame Unterstützung findet. Wer Vergleiche zieht zwischen den von namhaften Künstlern entworfenen und von tüchtigen Handwerkern solide gearbeiteten Wohnungseinrichtungen und den liederlich zusammengekauerten Klamotten, die von den Abzahlungsgebern und den landläufigen Möbelhändlern oft für schweres Geld an den Mann gebracht werden, dem wird die Wahl nicht schwer fallen. Die Bildung des Geschmacks, die Förderung des Verständnisses für den Wert guter Möbel, der Anreiz, sein Heim mit soliden Arbeiten auszustatten, diese Anregungen, die von der Münchener Ostpreußenhilfe ausgehen, kommen dem gesamten Tischlerhandwerk zugute. Auch unter diesem Gesichtspunkte ist das Werk der Münchener Ostpreußenhilfe auf das freudigste zu begrüßen.

Die Münchener Ostpreußenhilfe hat zirka 500 000 Mk. aufgebracht, wofür etwa 3000 bis 3300 Zimmer geliefert werden. Die Möbel werden an die Kriegsgeschädigten für die Hälfte des Preises abgegeben, die sie in München gekostet haben, und zwar wird immer nur ein ganzes Zimmer abgegeben. In Ausnahmefällen kann die Lieferung auch unentgeltlich erfolgen. Dieser Tage ist die erste Lieferung Münchener Möbel in Ostpreußen eingetroffen und in 20 Städten zur Ausstellung gelangt. Ueber die Ausstellung in Königsberg, die am 1. Oktober vom Oberpräsidenten v. Batocki eröffnet wurde, lesen wir in der „Königsberger Volkszeitung“: „In 21 Räumen der Handelshochschule, die durch entsprechende Herrichtung mit Tapeten, Teppichen, Wand- und Blumenstrich dem Zwecke angepaßt wurden, sind die Gegenstände und Möbel der Ausstellung untergebracht. Künstlerische Ausgestaltung wie solide Herstellungsart, mit Einfachheit in Form- und Farbgebung verbunden, geben ein Allgemeinbild von geschmackvoller Zweckmäßigkeit, das gewiß berufen sein wird, seine günstige Wirkung auf ostpreussische Wohnverhältnisse auszuüben. Stelle, freu d.“



Ehrentafel

Der im Kriege gefallenen Verbandsmitglieder

Der Ortsname bedeutet die Zahl der, welcher der Krieger zuletzt angehört hat.

- List of names and locations: Franz Abtke, Tischer, Färstenwalde. Paul Arndt, Tischer, Coswig. Karl Aufderheide, Tischer, Viefefeld.

- List of names and locations: Alexander Floren, Finsterwalde. Otto Franke, Tischer, Schwiebus. Stob Freund, Jena. Albert Garste, Tischer, Eberswalde.

- List of names and locations: Karl Lehner, Tischer, Hamburg. Willy Linke, Herrschdorf. Fritz Lorenz, Tischer, Zeitz.

- List of names and locations: Hermann Scheibach, Stellmacher, Zeitz. Albin Schiebel, Polierer, Mellenbach. Richard Schmiedgen, Schr., Nemscheid.

ersehen, welche wir der gleichen Quelle entnehmen. Hiernach betragen: Die Selbstkosten insgesamt 898 000 Mk. Davon für Löhne 45 000 Mk. Gehälter und Unkosten 80 000 " Rohmaterialien 640 000 " Abschreibungen, Zinsen, Lantien 80 000 " Der Verkaufserlös (abzüglich 1/2 Prozent Skonto) 1 300 000 Mk. Bleibt Ueberschuß 384 500 " In dieser Rechnung spielen die Arbeitslöhne eine sehr bescheidene Rolle. Selbst wenn sie ganz bedeutend erhöht würden, würde der Gewinn des Werkes dadurch nur ganz unmerklich beeinflusst werden.

Gewerkschaftliches.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

In dem Kampf zur Sicherung des Koalitionsrechtes, den die deutsche Arbeiterchaft bis zum Kriegsausbruch zu führen gezwungen war, bedeutete die Einführung des Reverses für die Arbeiter der bayerischen Verkehrsverwaltung eine wichtige Episode. In diesem Beispiel bewahrheitete sich so recht das Wort von den kleinen Ursachen und großen Wirkungen. Ursprünglich eine, die weitestgehend wenig interessierende Händel zwischen dem, den christlichen Gewerkschaften angehörenden Bayerischen Eisenbahnerverband und dem Süddeutschen Eisenbahnerverband, wurde aus der Geschichte später eine große Staatsaktion, die schließlich zum Sturz des bayerischen Ministeriums führte und die innere Politik in Bayern fortgesetzt nachhaltig beeinflusste.

Die christliche Eisenbahnerorganisation konnte gegen den, der Generalkommission der Gewerkschaften zwar nicht angegeschlossen, aber auch nicht im Fahrwasser des Zentrums stehenden Süddeutschen Eisenbahnerverband nicht aufkommen. Deshalb wurde das in Bayern allmächtige Zentrum aufgegeben, um mittels der Staatsgewalt die unbecommene Organisation zur Strecke zu bringen. Das Ministerium Podewils kam diesen Wünschen ziemlich weit entgegen. Das genügt aber den christlichen Eisenbahnern und ihren parlamentarischen Wortführern nicht. Ueber einen Konflikt mit dem Zentrum, der sich aus den Debatten über diese Frage entwickelte, kam das Ministerium Podewils zu Fall. Die bayerische Kammer wurde im November 1911 aufgelöst, und es erfolgte die Neubildung des Ministeriums, an dessen Spitze der Zentrumsführer Hertling berufen wurde.

Dieses Ministerium erfüllte die Wünsche des christlichen Verbandes. Durch einen Regierungserlass wurde verfügt, daß alle Angestellten und Arbeiter in den bayerischen Verkehrsanstalten durch einen Revers auf das Streikrecht verzichten müssen. Damit war für diese Arbeiterkategorien das gewerkschaftliche Koalitionsrecht aufgehoben. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß Arbeitervereine, deren Mitglieder von vornherein auf das Streikrecht verzichten, keine Gewerkschaften sind. Wenn in der Folge die Arbeitervertreter im bayerischen Landtag fortgesetzt gegen diese ungerechte Maßnahme ankämpften, so geschah das natürlich nicht zu dem Zweck, um Streiks in den Verkehrsanstalten zu inszenieren — Unternehmungen, die sich mit ihren Arbeitern vernünftig verständigen, haben Streiks überhaupt nicht zu fürchten — sondern um ein den Verkehrsarbeitern zugesüßtes Unrecht gützmachen und sie wieder in den Genuß des ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrechtes zu setzen. Eigentlich hätte die bayerische Regierung während der Dauer des Krieges genügend Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß das den Arbeitern entgegengebrachte Mißtrauen unbegründet war. Da sie aber den ominösen Revers nicht freiwillig zurückzog, wurde sie beim Zusammenbruch des Landtages von der sozialdemokratischen Fraktion deswegen interpelliert. Die Angelegenheit kam zunächst in der Sitzung des Finanzsausschusses am 6. Oktober zur Sprache. Hier gab der Ministerpräsident Graf Hertling folgende Erklärung ab: „Die Staatsregierung muß mit aller Entschiedenheit daran festhalten, daß der Streik vom Eisenbahndienst ferngehalten werden muß. Daß es kein Streikrecht für die Eisenbahnbeamten geben kann, ist selbstverständlich, aber auch die Eisenbahnarbeiter haben keinen Anspruch darauf, sie stehen nicht unter der Gewerbeordnung, und § 152 derselben findet daher auf sie keine Anwendung. Der Streikrevers

ist nur eine Form des Vollzugs. Die Staatsregierung ist nicht gewillt, unter allen Umständen an dem Revers festzuhalten, wenn sich die Sicherung gegen Streikgefahr auf andere Weise herstellen läßt. Die Frage berührt aber nicht Bayern allein, sondern die sämtlichen deutschen Eisenbahnverwaltungen; Bayern kann daher nicht isoliert vorgehen, sondern nur im Einverständnis mit den anderen Verwaltungen. Zu diesem Zwecke ist bayerischerseits die Abhaltung einer Konferenz angeregt worden. Die Konferenz wird in den nächsten Wochen stattfinden. Sobald eine Uebereinkunft erzielt ist, wird die Regierung davon Mitteilung machen. Die dadurch herbeigeführte Verzögerung ist unbedenklich, da der Revers seit Ausbruch des Krieges nicht zur Anwendung kommt. Mehr kann ich zurzeit nicht sagen; mehr würde ich aber auch im Plenum nicht sagen können, und ich möchte daher den Herren Interpellanten anheimgeben, ihre Interpellation bis zu einem späteren Termin zurückzustellen.“

In der Plenarsitzung des Landtages am 8. Oktober erklärte der Ministerpräsident, daß er die Interpellation erst im November beantworten werde. Da die Zentrumsmehrheit des

Landtages beschloß, auch die Begründung der Interpellation jetzt nicht zuzulassen, ist die interessante Debatte um einige Wochen vertagt. Das Ergebnis der angekündigten Konferenz wird aber einige Schlüsse darauf zulassen, ob und in welchem Maße die Regierungen gewillt sind, den Wünschen der Arbeiter nach Sicherung des Koalitionsrechtes Rechnung zu tragen.

„Der Gastwirtsgehilfe“, das Organ des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, blüht jetzt auf ein 25-jähriges Bestehen zurück. Am 9. Oktober 1890 erschien die erste Nummer des Blattes, welches vom Verein Berliner Gastwirtsgehilfen ins Leben gerufen war. Damals existierten nur in einigen Großstädten Lokalkomitees der auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsorganisation stehenden Gastwirtsgehilfen. Erst einige Jahre später erfolgte der engere Zusammenschluß der lokalen Vereine. Als Ruhmestitel kann sich der „Gastwirtsgehilfe“ anrechnen, daß er den Blick der Berufsangehörigen zuerst auf sozialpolitische Forderungen gelenkt und mit aller Entschiedenheit die Forderung nach geregelterm Lohn an Stelle des Trinkgeldes vertreten hat. Das Wachstum der Organisation der Gastwirtsgehilfen ist zu einem guten Teil dem 25-jährigen Wirken des Verbandsorgans zu danken.

Arbeitslosigkeit im Monat September 1915.

Table with columns: Gau, Zahlstellen haben berichtet, Mithilberzahl am Schluß des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Orte (vom vorigen Monat, Zugang in diesem Monat, Gesamtzahl, am letzten Tage d. Monats), Durchreisende am letzten Tage des Monats, Unterstützung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise) with sub-columns for Mitgl., Tage, Mk., Pf.

Table showing monthly statistics for September 1915, including total figures and monthly breakdowns for various months from September 1914 to September 1915.

Table comparing monthly statistics for the last 12 months (Januar to Dezember) for 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, and 1915, showing trends in job openings and unemployment.

